

Sehr geehrte politische Verantwortliche des Kreistages Potsdam-Mittelmark und der Stadt Potsdam,

im Anhang senden wir Ihnen ein öffentliches Positionspapier der Kreiselternräte und der Kreisschulbeiräte des Landkreises Potsdam-Mittelmark und der Landeshauptstadt Potsdam zu den wichtigsten Anliegen der Schüler-, Lehrer- und Elternschaft.

Wir möchten Sie auf dem Hintergrund dieses Positionspapier dazu einladen, für Ihre Fraktion/Ihre Partei zu folgenden Fragen Stellung zu beziehen:

a) Unterstützen Sie die Position unter Positionspunkt 1 „Gemeinsame Schulentwicklungsplanung Potsdam & Potsdam-Mittelmark“ und fordern die zuständigen Schulträger zu einer entsprechenden Zusammenarbeit auf?

Zur Erläuterung: Nach Mitteilung der Landeshauptstadt Potsdam pendeln aus anderen Landkreisen rund 1.400 Schülerinnen und Schüler (ohne Sport- und Förderschulen) ein, davon knapp 90 % aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark. Zwar ist eine Umlegung der investiven Mittel über den Schulkostenbeitrag möglich, aber für die Landeshauptstadt ergeben sich trotzdem enorme Herausforderungen durch die Flächenknappheit, die Vorfinanzierung und die Umsetzung der Maßnahmen. In der Vergangenheit hat die Schulentwicklungsplanung der Landeshauptstadt Potsdam und des Landkreises Potsdam-Mittelmark keine nähere überregionale Abstimmung enthalten. Dabei hat § 102 Abs. 1 BbgSchulG schon in der bisherigen Fassung vorgesehen, dass „[d]ie Schulentwicklungsplanung ... die planerische Grundlage für ein möglichst wohnungsnahes [sic!] und alle Bildungsgänge umfassendes Schulangebot und den Planungsrahmen für einen zweckentsprechenden Schulbau schaffen“ soll. Der Landesgesetzgeber hat die überregionale Schulentwicklungsplanung im Achten Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes vom 31. Januar 2024 nochmals betont und in § 102 Abs. 4 BbgSchulG folgenden Satz hinzugefügt: „Die kommunalen Träger der Schulentwicklungsplanung können bei der Erfüllung ihrer Aufgaben nach den Sätzen 1 und 3 auf Grundlage des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg zusammenarbeiten.“ Daher ist es an der Zeit, der Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und dem Landkreis Potsdam-Mittelmark ein neues Format zu geben und eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung auf wirkungsvolle Weise zu gestalten. Eine gemeinsame Planung kann dabei neue Möglichkeiten erschließen.

b) Unterstützen Sie die Position unter Positionspunkt 2 „Schulvielfalt“?

Zur Erläuterung: Pädagogische Konzepte spielen in der Schulentwicklungsplanung keine Rolle, auch die Nachfrage nach den Konzepten wird bisher nicht beachtet. Viele Familien wünschen sich zum Beispiel Schulen, in denen gelingende Beziehungen und die Bedürfnisse, Fähigkeiten und Interessen der Kinder im Mittelpunkt stehen und in denen Lernen mit weniger Notendruck und im eigenen Tempo möglich ist. Die staatlichen Schulen mit solchen Profilen sind erfolgreich und übernachgefragt. Das sollte Schulentwicklungsplanung stärker berücksichtigen.

c) Unterstützen Sie die Position unter Punkt 3 „Sachliche und räumliche Voraussetzung“ in der Weise, dass eine messbare Verbesserung auf Basis von konkreten Maßnahmen durch den Schulträger erfolgen soll?

Zur Erläuterung: Ein Blick in die Verwaltungsvorschriften über die Organisation der Schulen in inneren und äußeren Schulangelegenheiten (VV-Schulbetrieb - VVSchulB) des Landes Brandenburg weist unter Abschnitt 3 Nr. 26 eine Fläche von 1,7 qm pro Schülerarbeitsplatz aus (bei einer lichten Raumhöhe von 3 m). Allerdings werden deutschlandweit in der Fachliteratur 2 qm als üblich und nach neueren Studien 2,5 qm als angemessen angesehen („DGUV Information 202-090 Klasse(n) – Räume für Schüler“, 2018). Darin unberücksichtigt, bleiben neuste Schulkonzepte wie Inklusion, eine Differenzierung nach Altersgruppen, die in Pandemie entwickelten Hygieneregeln, zusätzliche Möbel (Stauraum für individuelle lernfördernde und differenzierte Lehr- und Lernmaterialien, Garderoben, Medien), sowie zusätzliches Personal (z.B. Schulbegleiter und Sonderpädagogen).

Es ist zu befürchten, dass viele Angebote der Schulen im Bereich Inklusion wieder zurückgenommen werden, wenn das weitere Bevölkerungswachstum räumliche Freiräume (wie bspw. Fach- und Differenzierungsräume) aufzehrt.

Vor dem Hintergrund der weiter wachsenden Einwohnerzahlen in Potsdam-Mittelmark & Potsdam, sowie der gleichzeitig sinkenden Leistungen der Schülerinnen und Schüler nach PISA Studie und IQB

Bildungstrend, sind sachliche und räumliche Voraussetzungen an allen Schulen zu gewährleisten und deutlich auszubauen.

d) Unterstützen Sie die Position unter Punkt 4 „Lehrerendgeräte“?

Zur Erläuterung: Nur durch eine angemessene und koordinierte Ausstattung der Lehrer und Lehrerinnen mit Endgeräten kann ein digitaler Unterricht effizient stattfinden. Ohne diese Ausstattung wird die digitale Transformation in den Schulen nicht gelingen und getätigte Investitionen in 2-stelliger Millionenhöhe werden die gewünschte Wirkung nicht entfalten können.

e) Unterstützen Sie die Position unter Punkt 5 „Schulsozialarbeit und Schulpsychologie“? Werden Sie für die nächste Legislaturperiode einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung / des Kreistages unterstützen, welcher die fortlaufende Finanzierung der bestehenden Schulsozialarbeit sichert, und sich auch für einen weiteren Ausbau einsetzen?

Zur Erläuterung: Der Bedarf an Schulsozialarbeit steigt seit Jahren an und ist nicht an allen Schulen ausreichend gedeckt. Dies zeigt beispielhaft das Leibniz Gymnasium, das mit 800-850 Schülerinnen und Schüler eine der größten Potsdamer Schulen ist, aber nur eine (!) Schulsozialarbeiterin hat. Präventionsarbeit ist damit kaum möglich, sondern es kann nur – punktuell – reagiert werden („Feuerwehr“).

In den im Januar 2015 vom Kooperationsverbund Schulsozialarbeit herausgegebenen Leitlinien für Schulsozialarbeit heißt es zum Stichwort „Personal“: „Als Mindestausstattung ist von einer entsprechenden Fachkraft auf 150 Schülerinnen und Schüler jedoch mindestens einer Vollzeitkraft pro Schule auszugehen. Anzustreben sind multiprofessionelle Teams in der Schule.“

Dabei sind diese Leitlinien vor 9 Jahren formuliert worden. Paragraph 13 e.V. und Stiftung SPI betonen heute umfangreiche und multiple Problemlagen. Die Intensität und Schwere der einzelnen Beratungen nehmen zu: Gewalt, hochstrittige (Eltern-)Konflikte und sexueller Missbrauch. Weiterhin stellen diese Einrichtungen eine starke Zunahme der Beratung und Begleitung einzelner Schülerinnen und Schüler im Potsdamer Süden fest (vor allem bei familiären Konflikten, Konflikten zwischen Schülerinnen und Schüler sowie psychischen und physischen Beeinträchtigungen.)

Überdies brauchen Schulen mit hohem Anteil von Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund spezielle Unterstützung durch Integrationsschulsozialarbeit.

Wir bitten um Ihre Rückmeldung bis spätestens Mi, 29.05.24 an den Verteiler dieser E-Mail und möchten uns im Voraus dafür recht herzlich bedanken.

Die Ergebnisse werden wir zusammen mit dem Positionspapier veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

André Haase

Vorsitzender
Kreisschulbeirat Potsdam-Mittelmark

Walter Schmitt-Knauer

Vorsitzender
Kreisschulbeirat Potsdam

Kerstin Heinrich

Sprecherin
Kreiselternrat Potsdam-Mittelmark

James Scherf

Sprecher
Kreiselternrat Potsdam